

Antrag

der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Helga Daub, Dr. Werner Hoyer, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Jürgen Koppelin, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Andreas Pinkwart, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Wehrpflicht aussetzen – Freiwilligen, militärischen Kurzdienst einführen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“, in Kurzform nach ihrem Vorsitzenden auch „Weizsäcker-Kommission“ genannt, forderte in ihrem Bericht an die Bundesregierung vom 23. Mai 2000 die Umwandlung der Allgemeinen Wehrpflicht in einen Auswahl-Wehrdienst mit 10-monatiger Dauer, der jeweils von 30 000 Männern geleistet werden sollte.

Am 11. Oktober 2000 verabschiedete die Bundestagsfraktion der FDP, in direkter Anknüpfung an die Gedanken der „Weizsäcker-Kommission“, ihren Antrag „Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr sichern – Wehrpflicht aussetzen“ (Bundestagsdrucksache 14/4256). Darin sollte die Forderung des Deutschen Bundestages an die Deutsche Bundesregierung beschlossen werden, die Allgemeine Wehrpflicht auszusetzen und stattdessen 30 000 Kurzeitsoldaten mit einer flexiblen Dienstzeit von 12 bis 24 Monaten einzuführen. Diese freiwilligen Kurzdienst leistenden Frauen und Männer sollten einerseits das Reservoir für die Nachwuchsgewinnung sein, andererseits zusätzlich die Vorteile der Allgemeinen Wehrpflicht erhalten.

Am 8. November 2004 stellte die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Öffentlichkeit ein Papier mit dem Titel „Übergang zur Freiwilligenarmee zügig fortsetzen“ vor. In diesem Papier wird die FDP-Idee eines freiwilligen Kurzdienstes anstatt einer Allgemeinen Wehrpflicht aufgegriffen. Es wird weiter darin festgehalten, dass eine Bekräftigung der Wehrpflicht außerhalb jeder Realität ist und es nicht mehr nur um das „ob“, sondern lediglich um das „wie“ des Übergangs zur Freiwilligenarmee zu gehen habe.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

im Interesse einer konsequenten und tragfähigen Bundeswehrtransformation die Allgemeine Wehrpflicht auszusetzen, stattdessen einen freiwilligen und flexib-

len Kurzdienst von 12 bis 24 Monaten einzuführen und den Übergang zur Freiwilligenarmee effizient, bündniskompatibel, friedensfördernd, demokratisch und sozial verträglich zu gestalten.

Berlin, den 9. November 2004

Günther Friedrich Nolting
Helga Daub
Dr. Werner Hoyer
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Michael Kauch
Hellmut Königshaus
Jürgen Koppelin
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Dr. Andreas Pinkwart
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion